

## Paritätische Forderungen



Zur Gleichstellung  
von Frauen und Mädchen  
in einer vielfältigen Gesellschaft

**Herausgeber:**

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.

Oranienburger Str. 13-14  
 D-10178 Berlin  
 Telefon +49 (0) 30 - 24636-0  
 Telefax +49 (0) 30 - 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org  
 Internet: www.paritaet.org

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß Presserecht: Dr. Ulrich Schneider

**Redaktion:**

Margit Berndl, PARITÄTISCHER Bayern;  
 Ute Fischer, PARITÄTISCHER NRW;  
 Manuele Knabe-Ostheeren, PARITÄTISCHER Sachsen-Anhalt;  
 Moritz Schalk, PARITÄTISCHER Hessen;  
 Marion von zur Gathen, PARITÄTISCHER Gesamtverband

**Redaktioneller Kontakt:**

Telefon +49 (0) 30 - 24636-331 (Marion von zur Gathen)  
 Telefax +49 (0) 30 - 24636-140  
 E-Mail: kifa@paritaet.org

**Gestaltung:**

Christine Maier, PARITÄTISCHER Gesamtverband

**Bilder:**

Titel © Fotolia: Phrysphotos (o.li.), bilderbox (o.re.), Elena Elisseeva (u. li.), fux (u.re)  
 Inhalt: © Fotolia: Stephen Coburn (S. 1), Lisa F. Young (S. 5, 18), Grische Georgiew (S. 9),  
 Lisa Vanovitch (S. 11), bilderbox (S. 13, 20), GYNEX (S. 14), Andres Rodriguez (S. 16), Mon-  
 key Business (S. 19), © Pixelio: GerdAltmann (S. 17), © bildschön / Thomas Rafalzyk (S. 3)

**1. Auflage, Januar 2009**

# Inhalt

Vorwort ..... 3

Die Bedeutung von Frauen- und Mädchenarbeit  
 im Paritätischen ..... 5

Angebote und Leistungen für Frauen und Mädchen  
 im Paritätischen ..... 6

Beseitigung von geschlechtsbezogenen Benachteiligungen ..... 8

    Ächtung von Gewalt gegen Frauen ..... 9

    Chancengleichheit auf Bildung, Ausbildung und Beruf ..... 13

    Gleichstellung in Familie, Pflege und Gesundheit ..... 17

Paritätische Landesverbände ..... 22



## Vorwort

### Liebe Leserinnen und Leser,

**F**rauenleben zu Beginn des neuen Jahrtausends – das bedeutet eine Vielfalt gesellschaftlich akzeptierter Lebensformen: Frauen leben als Single oder mit Partner/in, sie haben Kinder oder keine, sind berufstätig oder nicht, sind verheiratet oder leben in anderen Familienformen, machen Karriere, haben Erfolg, nehmen Einfluss, tragen Verantwortung – werden mit ihren Kompetenzen geschätzt.

Der Paritätische blickt mittlerweile auf mehr als drei Jahrzehnte erfolgreiche Mädchen- und Frauenarbeit in allen Feldern der sozialen Arbeit zurück. Frauen- und Mädcheneinrichtungen im Paritätischen sind nicht nur Orte lebendigen Bürgerinnenengagements, sie tragen auch zu mehr Geschlechterdemokratie bei und haben das Profil des Verbandes entscheidend mitgeprägt. Heute gehört es zu den Selbstverständlichkeiten im Paritätischen, die Gleichstellungsfrage in allen Arbeitszusammenhängen mitzudenken. Doch es gibt noch viel zu tun.

Im Herbst 2008 wurde das 90jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts gefeiert, im Jahr 2009 hat die grundgesetzliche



Verankerung der Gleichstellung von Frauen und Männern ihr 60jähriges Jubiläum. Doch ein Blick auf aktuelle Statistiken und die Lebenswirklichkeit zeigt, dass soziale Benachteiligungen von Frauen noch immer sehr viel mit dem Geschlechterverhältnis zu tun haben.

Frauen erfahren unverändert und in erschreckend hohem Ausmaß Gewalt, arbeiten zunehmend in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind damit oft auf zusätzliche soziale Transferleistungen angewiesen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Einkommensarmut von Frauen immer auch ihre Kinder trifft. Der besorgniserregende Trend zur Altersarmut von Frauen wird sich noch verschärfen, wenn Frauen weiterhin stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit schlechter bezahlt werden als Männer und wenn sie nach wie vor häufigere und längere Arbeitsunterbrechungen aufgrund von Kindererziehungs- und Pflegezeiten haben.

# Die Bedeutung von Frauen- und Mädchenarbeit im Paritätischen

Beträchtliche soziale, ökonomische, kulturelle und strukturelle Nachteile machen deutlich, dass von einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Mädchen an politischer und gesellschaftlicher Macht sowie gesellschaftlichem Reichtum noch nicht die Rede sein kann. Die sozialen Sicherungssysteme und viele Gesetze orientieren sich nach wie vor vorwiegend an männlichen Biografien, die mit den Lebenswirklichkeiten von Frauen nichts zu tun haben.

Gleichstellung ist keine Ideologie, sondern ein Menschenrecht, das nicht nur im deutschen Grundgesetz und allen Verfassungen der Bundesländer, sondern ebenso in den internationalen und europäischen Menschenrechtskonventionen verankert ist. Gleichstellungspolitik ist ein eigenständiges Handlungsfeld sowie eine Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen. Gleichstellungspolitik ist Bildungs-, Innen-, Gesundheits-, Familien-, Arbeitsmarkt-, Integrations-, Jugend- und Sozialpolitik.

Unser Ziel muss die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen sein – unabhängig von Alter, Religion, sexueller Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder Behinderung.

Es ist Zeit, dass die viel beschworene Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter nicht nur in Gesetzen steht, sondern gesellschaftliche Realität wird.

Lassen Sie uns gemeinsam kontinuierlich und konsequent daran arbeiten.

Ihre

Heidi Merk  
Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes

**Frauen- und Mädcheneinrichtungen** im Paritätischen sind Orte lebendigen Bürgerinnenengagements. Sie haben in den alten Bundesländern seit Beginn der Frauenbewegung in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zahlreiche innovative Impulse für den gesamten Bereich sozialer Arbeit gesetzt. Auch in den neuen Bundesländern entstanden nach der Wende sehr bald zahlreiche Frauenprojekte, deren Träger überwiegend Frauenverbände, Initiativen und Vereine sind. Einige von ihnen haben ihre Wurzeln in der ostdeutschen Frauenbewegung, andere entstanden erst als Reaktion auf die sich verändernde Situation von ostdeutschen Frauen nach der Wiedervereinigung.

Seit mehr als 30 Jahren treten **Frauen- und Mädcheneinrichtungen** für Geschlechterdemokratie ein und haben mit einer Vielzahl von unverzichtbaren Beratungs-, Unterstützungs- und Dienstleistungsan-

geboten für Frauen und Mädchen das Profil des Verbandes entscheidend mitgestaltet. Diese vielen Angebote, Initiativen und Projekte treten der Benachteiligung von Frauen und Mädchen entgegen und geben wichtige Anstöße für die gleichstellungspolitischen Aktivitäten des Paritätischen.

**Frauen- und Mädcheneinrichtungen** im Paritätischen engagieren sich in den Debatten um Gleichstellung an vielen Orten und auf zahlreichen Ebenen. Sie fordern eine aktive und organisierte Interessenvertretung für die Belange von Frauen und Mädchen.

**Frauen- und Mädcheneinrichtungen** im Paritätischen schauen mit einem anderen Blick auf ihre Arbeit. Sie nehmen Abstand von einer vorwiegend an Defiziten orientierten Sichtweise und formulieren neue Ansätze zur ressourcenorientierten Arbeit mit Frauen und Mädchen. Großen Wert legen sie dabei auf die Einbeziehung der Frauen und Mädchen als Expertinnen in eigener Sache. Ihr wertvolles Wissen ist auch in die Selbsthilfe eingeflossen und ist der Weiterentwicklung dieses Arbeitsfeldes zugute gekommen. Soziale Standards, die in der parteilichen Frauen- und Mädchenarbeit entwickelt wurden, prägen inzwischen auch die soziale Arbeit „traditioneller“ Träger.



# Angebote und Leistungen für Frauen und Mädchen im Paritätischen

Unter dem Dach des Paritätischen engagieren sich mehr als 500 Träger in Initiativen, Einrichtungen und Organisationen für die Belange von Frauen und Mädchen. Sie machen in den unterschiedlichsten Feldern der sozialen Arbeit frauen- und mädchen-spezifische Angebote und Projekte.

Der Paritätische mit seinen Mitgliedsorganisationen ist fester Bestandteil der Gremien und Arbeitsstrukturen auf der Ebene von Kommunen und Ländern. Die dort gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse geben wichtige Impulse für die Aktivitäten des Paritätischen auf bundespolitischer Ebene.

## Das breit gefächerte Angebot umfasst zahlreiche Arbeitsbereiche:

- ➔ **Gewalt gegen Frauen und Mädchen:** Frauenhäuser, Interventionsstellen, Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe, Zufluchtswohnungen, Einrichtungen und Angebote für Mädchen und Frauen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind sowie für Opfer von Frauen- und Mädchenhandel, Prostituiertenberatung
- ➔ **Beratung und Therapie für Frauen:** u. a. allgemeine soziale Beratung, psychosoziale Beratung, Frauentherapiezentren
- ➔ **Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung:** Beratung zu emotionalen, seelischen, partnerschaftlichen und lebensplanerischen Aspekten von Elternschaft bzw. eines Schwangerschaftsabbruchs, Informationen über staatliche und andere Sozialleistungen und Unterstützungen, Medizinische Aufklärung zur Schwangerschaft oder eines Schwangerschaftsabbruchs, Erläuterung der Rechtsgrundlage

- ➔ **Mädchentreffs:** Angebote für Mädchen in der offenen Jugendarbeit, Angebote im Bereich Schule und Beruf
- ➔ **Mädchenhäuser:** mit Zuflucht, Beratung und offener Treff, Wohnangebote sowie Angebote im Bereich Schule und Beruf
- ➔ **Einrichtungen und Angebote für Migrantinnen:** Migrationserstberatung, Migrationssozialberatung, Angebote für Aussiedlerinnen und Flüchtlingsfrauen, Migrationsselbstorganisationen, Informations- und Kommunikationszentren, Einrichtungen und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung, Sprachkurse, Bildungsangebote
- ➔ **Berufliche Qualifikation und Beschäftigung:** Angebote zur Berufsorientierung und zum beruflichen Wiedereinstieg, Ausbildungsprojekte, Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung
- ➔ **Gesundheit:** Frauengesundheitszentren, Zentren rund um die Geburt, Beratungen zu frauenspezifischen Kuren, Angebote und Einrichtungen für suchterkrankte Frauen, für Frauen und Mädchen mit Essstörungen, Angebote für Frauen mit

psychischen Erkrankungen, gesundheitsbezogene Frauenselbsthilfe, Mutter-Kind-Kliniken

- ➔ **Selbsthilfegruppen für Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen, Lebenslagen und Lebenskrisen:** Selbsthilfekontaktstellen, Angebote für Alleinerziehende
- ➔ **Informations- und Kommunikationszentren:** Frauen- und Frauenkommunikationszentren, Frauentreffs
- ➔ **Mütterzentren:** Angebote von Mutter-Kind-Gruppen, Information und Beratung zu Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen
- ➔ **Frauenbildungsangebote:** Frauenbildungs- und Ferienhäuser
- ➔ **Angebote für Frauen mit Behinderung:** Peer Counseling, Assistenz, Selbsthilfegruppen
- ➔ **Angebote für lesbische Frauen:** Beratung, offene Freizeitangebote, Bildungsangebote, Gruppenarbeit
- ➔ **Generationenübergreifende Wohnprojekte:** Frauenwohnanlagen, Wohngemeinschaften für Frauen im Alter

## Beseitigung von geschlechtsbezogenen Benachteiligungen

**D**er Paritätische bietet seinen Mitgliedsorganisationen fachliche Unterstützung, bildet eine Plattform für den Informationstransfer und Erfahrungsaustausch und fungiert als Lobbyist für die Belange von Frauen und Mädchen. Zugleich sieht er sich in der Rolle eines Vermittlers zwischen der praktischen Arbeit, der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, sowie der Forschung und Vernetzung.

Die fachpolitischen Diskurse in der Frauen- und Mädchenarbeit und darüber hinausgehende gesellschaftspolitische Herausforderungen wie der demografische Wandel erfordern eine kritische Bewertung gleichstellungspolitischer Fortschritte.

**Der Paritätische fordert die Beseitigung geschlechtsbezogener Benachteiligungen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen unabhängig von Alter, Religion, sexueller Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder Behinderung.**

Um das zu erreichen, müssen aus Sicht des Paritätischen vor allem drei Ziele realisiert werden:

- ⇒ Ächtung von Gewalt gegen Frauen
- ⇒ Chancengleichheit auf Bildung, Ausbildung und Beruf
- ⇒ Gleichstellung in Familie, Pflege und Gesundheit



## ⇒ Ächtung von Gewalt gegen Frauen

### Problemanzeige

**G**ewalt gegen Frauen hat viele Facetten. Sie umfasst physische und psychische, aber auch strukturell und kulturell verankerte Gewalt und besneidet in vielerlei Hinsicht die Selbstbestimmung von Frauen. Untersuchungen zeigen, dass zahlreiche Frauen trotz aller bisher geltenden rechtlichen Schutzbestimmungen nach wie vor Gewalt im sozialen Umfeld erleben. Gewalt gegen Frauen ist ein breites gesellschaftliches Phänomen, das in allen Schichten, Altersklassen und ethnischen Zugehörigkeiten anzutreffen ist. Besonders gefährdet sind

Mädchen und Frauen mit Behinderungen. Frauen benötigen Schutz und zwar dort, wo sie die Gewalt erfahren – im eigenen häuslichen Bereich, d. h. in ihrer Wohnung bzw. der Familie oder im sozialen Umfeld. Hierzu ist ein breites Hilfe- und Unterstützungsangebot notwendig. Mit zielgruppenspezifischen Angeboten, beispielsweise für Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen und ältere Frauen kann auf besondere Problemlagen wie etwa Zwangsverheiratung kompetent reagiert werden.

## Gleichstellungspolitische Bilanz Kritische Bewertung

Seit Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts wird Gewalt gegen Frauen in Deutschland öffentlich thematisiert. Das ist vor allem auch ein Erfolg der Frauenbewegung. So sind zum Beispiel die ersten Frauenhäuser in der autonomen Frauenbewegung entstanden. Heute existieren rund 360 Frauenhäuser in unterschiedlicher Trägerschaft. Zur Koordinierung der Frauenhausarbeit wurde die Frauenhauskoordinierung eingerichtet und damit ein wichtiger Schritt zur Unterstützung des Hilfesystems für von Gewalt betroffene Frauen getan.

Um auf das gesellschaftliche Problem – besonders im Hinblick auf die physische und psychische Gewalt – zu reagieren, hat die Bundesregierung 1999 erstmals einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aufgestellt.

Ein wichtiger Baustein dieses Aktionsplans ist das Gewaltschutzgesetz aus dem Jahr 2002. Seither können Frauen besser vor Gewalt geschützt werden, beispielsweise durch die Wegweisung des gewalttätigen Partners aus der gemeinsamen Wohnung. Darüber hinaus wurde 2006 mit dem Anti-Stalking-Gesetz die „schwere Belästigung“ als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Im Oktober 2007 verabschiedete die Bundesregierung den Aktionsplan II zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

**S**chon im ersten Aktionsplan der Bundesregierung wurde der große Stellenwert von Vernetzung, Kooperation und fachlichem Austausch zwischen Organisationen und Institutionen betont, um bestehende Hilfsangebote zu verbessern und neue Konzepte zu entwickeln. Ebenso wurde die Bedeutung der Ergänzung der polizeilichen und rechtlichen Maßnahmen mit Angeboten zur Beratung, Unterstützung und Begleitung der Frauen für den effektiven Schutz der Betroffenen hervorgehoben. Allerdings fehlen bisher grundlegende Aussagen zu einer dauerhaften Finanzierung des notwendigen Hilfe- und Unterstützungsangebots. Diesen Missstand hat der Paritätische bereits 1999 kritisiert. Bis heute hat sich daran nichts geändert. Noch immer fehlt jede Planungsperspektive für ein stabiles Unterstützungssystem.

## Paritätische Forderungen

Der Paritätische betrachtet den Schutz von Gewalt betroffenen Frauen als grundlegende staatliche Aufgabe und fordert:

- ⇒ **einen Rechtsanspruch von Frauen und ihren Kindern auf Schutz und Zuflucht sowie Beratung und Unterstützung unabhängig von Einkommen, Wohnort und Aufenthaltsstatus,**
- ⇒ **eine verlässliche Finanzierung eines entsprechenden Unterstützungssystems für von Gewalt betroffene Frauen durch Bund, Länder und Kommunen,**
- ⇒ **die regelmäßige Evaluation der gesetzlichen Bestimmungen, die dem Schutz von Frauen dienen, durch Bund, Länder und Kommunen,**
- ⇒ **eine Stärkung der Präventions-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Gewalt gegen Frauen durch Bund, Länder und Kommunen,**
- ⇒ **ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsheirat unabhängig vom Aufenthaltsstatus (nicht erst nach zwei Jahren) bei Auflösung der Ehe. Auch sollte der Aufenthaltstitel bei Zwangsverheiratung und Verschleppung ins Ausland nicht nach sechs Monaten erlöschen.**





## ⇒ Chancengleichheit auf Bildung, Ausbildung und Beruf

### Problemanzeige

**O**bwohl die Beschäftigungsquote und das Bildungs- und Ausbildungsniveau von Frauen in Deutschland und in Europa steigen, sind Frauen gegenüber Männern auf dem Arbeitsmarkt noch immer benachteiligt. Sie werden oft schlechter bezahlt und haben größere Schwierigkeiten in Führungspositionen zu gelangen.

Auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestehen trotz aller politischen Bestrebungen große Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern. So liegt z. B. die Beschäftigungsquote von

Frauen mit Kleinkindern deutlich unter der von Männern. Das verwundert nicht angesichts der Tatsache, dass vor allem in den alten Bundesländern noch längst kein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren existiert.

Mütter scheiden nach wie vor in der Familiengründungsphase und darüber hinaus länger und häufiger aus dem Erwerbsleben aus als Väter. Durch die familienbedingten Unterbrechungen ihrer Erwerbsbiographien ergeben sich Nachteile im Karriereverlauf und damit verbunden Einkommenseinbußen.

Vor dem Hintergrund eines deutlich schrumpfenden Arbeitskräfteangebots bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften kann auf gut qualifizierte Frauen zukünftig nicht mehr verzichtet werden. Dies wird Auswirkungen auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen haben müssen, die nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfassen. Frauen müssen bessere Aufstiegsmöglichkeiten – auch in bislang männlich dominierten Berufen – und eine gleiche Bezahlung wie Männer erhalten.

## Gleichstellungspolitische Bilanz

**M**it verschiedenen europäischen sowie bundes- und landesgesetzlichen Regelungen wurden Beiträge geleistet, Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben zu überwinden bzw. zu verhindern. So ist entsprechend der Richtlinienvorgaben der Schutz vor Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf ein Schwerpunkt des seit 2006 geltenden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).



Als zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die individuelle Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern und Jugendlichen gelten qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Bildungs- und Betreuungsangebote.

Bund, Länder und Kommunen haben gesetzliche Regelungen und Programme auf den Weg gebracht, um den quantitativen Ausbau von Betreuungsplätzen voranzutreiben und darüber hinaus die Qualität des Bildungssystems sowie dessen Rahmenbedingungen für eine frühe und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

Frauen und Mädchen ergreifen auch heute noch überwiegend so genannte typische Frauenberufe. Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeit sind in diesen Berufen oft schlechter als in anderen, überwiegend männlich dominierten Berufen. Mit geschlechtsspezifischen Programmen wie dem bundesweiten Girls' Day soll ein Beitrag geleistet werden, um Mädchen und junge Frauen auch für andere Berufe z. B. im Bereich der Technik zu interessieren.

## Kritische Bewertung

**O**bwohl junge Frauen mittlerweile in der Mehrzahl besser ausgebildet sind als ihre männlichen Altersgenossen, spiegelt sich dieser Vorsprung nicht im Erwerbsleben wider. Zu diesem Ergebnis kommt auch der 2. Nationale Bildungsbericht aus dem Jahr 2008, in dem er feststellt, dass die Erfolgsgeschichte der Mädchen und Frauen innerhalb des Bildungssystems im Verlauf der Berufstätigkeit abbricht. Noch immer sind die gleichstellungspolitisch verfolgten Ziele gleicher Teilhabe am Arbeitsmarkt, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, gleicher Karrierechancen sowie eine Verbesserung des Zugangs von Frauen zu Führungspositionen nicht erreicht. Eine große Zahl von Frauen kann ihre wirtschaftliche Existenz nicht aus eigener Kraft sichern.

Auffallend ist die doppelte Benachteiligung von jungen Migrantinnen. Sie bleiben häufiger als männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund trotz Schulabschluss ohne Ausbildung. Vorhandene Ressourcen wie Sprachkenntnisse oder interkulturelle Kompetenzen aber auch mitgebrachte schulische und berufliche Abschlüsse werden bisher weder bei der schulischen noch beruflichen Ausbildung sowie beim Wiedereinstieg ins Berufsleben genügend berücksichtigt bzw. anerkannt.

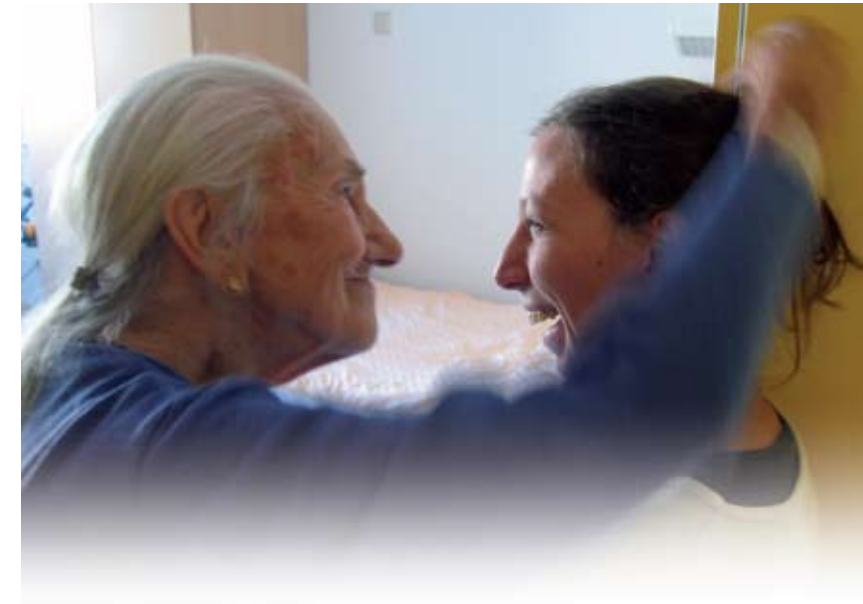
## Paritätische Forderungen

Der Paritätische setzt sich für Chancengleichheit auf Bildung, Ausbildung und Beruf von Frauen und Mädchen ein und fordert:

⇒ Arbeitgeber und Politik auf, die berufliche Teilhabe von Frauen durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Das heißt: Bund, Länder und Kommunen müssen den Ausbau einer flexiblen und qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersstufen sicherstellen. Arbeitgeber müssen in Betrieben familiengerechte Arbeitsstrukturen schaffen. Eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung ist hierbei unverzichtbarer Bestandteil.

⇒ Tarifpartner und Arbeitgeber auf, eine gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit sicherzustellen.

⇒ Bund und Länder auf, die Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse von Migrantinnen zu vereinfachen und zielgenaue berufliche Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.



## ⇒ Gleichstellung in Familie, Pflege und Gesundheit

### Problemanzeige

Der demografische Wandel führt durch die Zunahme der Zahl von älteren und vor allem hochbetagten Menschen zu gravierenden strukturellen Veränderungen in vielen Lebensbereichen. Betroffen sind die sozialen Sicherungssysteme wie das Renten-, Pflege- und Gesundheitssystem, aber auch das Arbeitsleben, das Bildungssystem, die Stadtentwicklung und der Freizeitbereich.

Nach wie vor sind Frauen in der Familiengründungsphase mehr gefordert als Männer. Die Einsicht, dass mit der Familienarbeit spezielle Management-Kompetenzen erworben werden, von denen auch Arbeitgeber profitieren können, hat sich in der Arbeitswelt noch lange nicht überall durchgesetzt. Die öffentlich geführte Diskussion um die Einführung der Partnermonate beim Elterngeld („Wickelvolontariat“) zeigten einmal mehr, dass die Aufgabenteilung in der Familie auch heute noch vielfach durch tradierte Rollenmuster bestimmt wird.

Obes die Betreuung der Kinder ist oder die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger: Bislang sind es überwiegend Frauen, die diese Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit leisten. 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden gegenwärtig im Privathaushalt – mit einem Anteil von 73 Prozent – von Frauen gepflegt.

Die gleichzeitige Übernahme von Erwerbs- und Familien- und/oder Pflegearbeit führt zu starken Belastungen. Die damit verbundenen gesundheitlichen Folgen werden oft erst im Alter sichtbar. In der medizinischen Versorgung werden Belastungserkrankungen, die bisher eher Männern zugeordnet wurden, bei Frauen unzureichend berücksichtigt und oft zu spät erkannt.

Das birgt für Frauen gesundheitliche Risiken, die durchaus vermeidbar wären. Auf diesem Zusammenhang haben nationale und internationale Studien immer wieder hingewiesen. Der erste Frauengesundheitsbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus dem Jahre 2001 hat z. B. deutlich gezeigt, dass Herz-Kreislauf-Krankheiten von Frauen in der Medizin bisher zu wenig beachtet werden.

Ältere Frauen sind stärker von körperlichen Funktionseinschränkungen betroffen als ältere Männer und leiden häufiger unter chronischen Erkrankungen wie Arthrose, Osteoporose und Rheuma. Sie können vorhandene Präventionspotenziale nur ungenügend nutzen.



## Gleichstellungspolitische Bilanz

Der 7. Familienbericht aus dem Jahre 2006 fordert in einer lebenslaufbezogenen Perspektive, die Rahmenbedingungen für eine flexiblere Verbindung von Familienarbeit, Bildungszeiten und gesellschaftlichem Engagement einerseits und Erwerbsarbeit andererseits zu schaffen. Dies bedeutet eine Abkehr von einer ausschließlichen Orientierung an den Anforderungen der Erwerbsarbeit, der sich alle anderen Lebensbereiche unterzuordnen haben.

Mit der Einführung der so genannten Partnermonate im Rahmen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG), werden Väter seit 2007 ermuntert, sich Zeit für die Erziehung und Betreuung ihres Kindes zu nehmen. Ob die erhofften gleichstellungspolitischen Wirkungen tatsächlich eintreten, bleibt abzuwarten.



In der Diskussion um eine familienbewusste betriebliche Personalpolitik stehen bisher Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft im Vordergrund. Die durch die demografische Entwicklung bedingte Zunahme der Pflegebedürftigen rückt verstärkt auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege in den Fokus betrieblicher Personalpolitik. Schon heute sind ein Viertel der Hauptpflegepersonen erwerbstätig, die Hälfte davon in Vollzeit.

## Kritische Bewertung

**E**ntscheidend für die Lebenssituation im Alter ist die gesamte Lebens- und Arbeitsbiografie. Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben sowie die unzulängliche Unterstützung bei der gleichzeitigen Übernahme von Familien- und Berufsarbeit können sich negativ auf den Gesundheitszustand von Frauen im Alter auswirken. Ungleichheiten im Zugang zu Einkommen, sozialen und gesundheitlichen Ressourcen sowie sozialen Unterstützungsnetzwerken setzen sich im Alter fort und verschärfen sich.

Es ist unumgänglich Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und familiärer Pflege ermöglichen. Es ist beispielsweise nicht nachvollziehbar, warum der Gesetzgeber die Pflegearbeit nicht analog zur Erziehungsarbeit von Eltern behandelt. Konsequenter wäre es vielmehr, eine bezahlte Pflegezeit analog zum Elterngeld einzuführen. Diese sollte so ausgestaltet werden, dass auch Anreize zur Übernahme der Pflegearbeit durch Männer gesetzt und damit die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird. Ziel muss es sein, eine gesellschaftliche Neu- und Gleichbewertung von Sorgearbeiten im Verhältnis zur Erwerbsarbeit zu erreichen.



## Paritätische Forderungen

Der Paritätische setzt sich für eine Gleichstellung von Frauen und Männern in Familie, Pflege und Gesundheit ein und fordert:

- ⇒ den Gesetzgeber auf, eine bezahlte Pflegezeit analog zum Elterngeld einzuführen,
- ⇒ die Bundesregierung auf, die Wirkungsweise von familienbezogenen Transferleistungen auf die Gleichstellung der Geschlechter zu überprüfen, entsprechende Berichte zu erarbeiten und vorzulegen, dass Arbeitgeber pflegende Arbeitnehmer durch Flexibilisierung von Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Information und Beratung sowie Bereitstellung betrieblicher Serviceleistungen unterstützen,
- ⇒ den Gesetzgeber auf, in der Pflege- und Krankenversicherung Regelungen zu treffen, damit passende Maßnahmen zur Entlastung und zur gesundheitlichen Prävention für Frauen in Familien- und Pflegearbeit angeboten und finanziert werden,
- ⇒ die Einführung einer kontinuierlichen Berichterstattung zur Frauengesundheit in Deutschland durch die Bundesregierung,
- ⇒ von Bund, Ländern und Krankenkassen mehr Ressourcen für die Aufklärung und Prävention von Belastungserkrankungen bei Frauen zur Verfügung zu stellen.

**Der PARITÄTISCHE  
Baden-Württemberg**

Haußmannstr.6  
70188 Stuttgart  
Tel: 0711/2155-0  
Fax: 0711/2155-215

**Der PARITÄTISCHE Bayern**

Charles-de-Gaulle-Str. 4  
81737 München  
Tel: 089/30611-0  
Fax: 089/30611-111

**Der PARITÄTISCHE Berlin**

Brandenburgische Str. 80  
10713 Berlin  
Tel: 030/86001-0  
Fax: 030/86001-110

**Der PARITÄTISCHE Brandenburg**

Tornowstraße 48  
14473 Potsdam  
Tel: 0331/28497-0  
Fax: 0331/28497-30

**Der PARITÄTISCHE Bremen**

Eduard-Grunow-Str. 24  
28203 Bremen  
Tel: 0421/79199-0  
Fax: 0421/79199-99

**Der PARITÄTISCHE Hamburg**

Wandsbeker Chaussee 8  
22089 Hamburg  
Tel: 040/41520-100  
Fax: 040/41520-190

**Der PARITÄTISCHE Hessen**

Auf der Körnerwiese 5  
60322 Frankfurt am Main  
Tel: 069/955262-0  
Fax: 069/551292

**Der PARITÄTISCHE  
Mecklenburg-Vorpommern**

Wismarsche Str. 298  
19055 Schwerin  
Tel: 0385/59221-0  
Fax: 0385/59221-22

**Der PARITÄTISCHE  
Niedersachsen**

Gandhistr. 5a  
30559 Hannover  
Tel: 0511/52486-0  
Fax: 0511/52486-333

**Der PARITÄTISCHE  
Nordrhein-Westfalen**

Loher Str. 7  
42283 Wuppertal  
Tel: 0202/2822-0  
Fax: 0202/2822-110

**Der PARITÄTISCHE  
Rheinland-Pfalz/Saarland  
Geschäftsstelle Saarbrücken:**

Feldmannstr. 92  
66119 Saarbrücken  
Tel: 0681/92660-0  
Fax: 0681/92660-40

**Geschäftsstelle Mainz:**

Drechslerweg 25  
55128 Mainz  
Tel: 06131/93680-0  
Fax: 06131/93680-50

**Der PARITÄTISCHE Sachsen**

Am Brauhaus 8  
01099 Dresden  
Tel: 0351/49166-0  
Fax: 0351/49166-14

**Der PARITÄTISCHE  
Sachsen-Anhalt**

Wiener Str. 2  
39112 Magdeburg  
Tel: 0391/6293-333  
Fax: 0391/6293-555

**Der PARITÄTISCHE  
Schleswig-Holstein**

Beselerallee 57  
24105 Kiel  
Tel: 0431/5602-0  
Fax: 0431/5602-78

**Der PARITÄTISCHE Thüringen**

Bergstr. 11  
99192 Neudietendorf  
Tel: 036202/26-0  
Fax: 036202/26-234